

Antrag

der Fraktion des Zentrums

betr. Zusatzkonvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht,

Verhandlungen mit den Signatarstaaten der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten aufzunehmen mit dem Ziele, in einer Zusatzkonvention das Recht auf die Heimat, die Freizügigkeit und das politische Asylrecht, namentlich gegenüber Gefahren von seiten totalitärer Regierungen, zu erlangen.

Bonn, den 25. April 1951

Dr. Reismann
Frau Wessel und Fraktion